

Eine Studie zu strafprozessualen Beweisverboten im schweizerischen und deutschen Recht

DISSERTATION

1 •

der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Universität Zürich
zur Erlangung der Würde einer Doktorin der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

Gunhild Godenzi

von

Deutschland

genehmigt auf Antrag von
Prof. Dr. Wolfgang Wohlers

Schulthess Juristische Medien AG, Zürich

Inhaltsübersicht	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Literaturverzeichnis	XXIII
Materialienverzeichnis	LIX
Abkürzungsverzeichnis	LXIII
Einleitung: Gegenstand und Gang der Untersuchung	1
§ 1 Einführung in die Problemstellung	1
I. Die Ausgangslage: Privatisierung der Strafuntersuchung	1
II. Die Zielsetzung: Erarbeitung dogmatischer Grundlagen der Beweis verböte bei privaten Beweisbeschaffungen durch den Geschädigten	3
§ 2 Vorgehensweise	4
I. Rechtsvergleich zwischen der Schweiz und Deutschland	4
U. Gang der Untersuchung	6
1. Erster Teil.....	7
2. Zweiter Teil.....	8
3. Dritter Teil.....	10
Erster Teil: Privatermittlungen des Geschädigten und seiner Beauftragten	13
1. Kapitel: Forensic Services - eine Bestandsaufnahme	15
§ 1 Straftatermittlungen durch Beratungs- und Revisionsgesellschaften	15
I. Einführung	15
U. Aufgabenbereiche der Forensic Services	18
III. Die Forensische Untersuchung	19
1. Ein Beispiel aus der Praxis.....	19
2. Zum Begriff der „Forensischen Untersuchung“.....	20
3. Ablauf der Forensischen Untersuchung.....	21
a) Anhörung des Auftraggebers.....	22
b) Festlegung des Auftrags.....	22
c) Innerbetriebliche Untersuchung.....	23
d) Ermittlungsabschluss.....	25

e)	Erstellung von Strafanzeigen und sonstige „Nachsorge“.....	25
§ 2	Forensic Services und Revision: Gemeinsamkeiten und Unterschiede.....	27
I.	Aufdeckungs- und Aufklärungsspflichten.....	27
U.	Abgrenzung zur Internen Revision.....	28
1.	Die Interne Revision als Instrument der Unternehmensführung.....	28
2.	Aufgabenbereiche der Internen Revision.....	30
3.	Aufdeckungs- und Aufklärungspflicht der Internen Revision.....	31
4.	Die Interne Revision als Hinweisgeber der Forensic Services.....	32
5.	Ergebnis der Abgrenzung.....	33
III.	Abgrenzung zur Externen Revision.....	33
1.	Prüfungsaufgaben der Externen Revision.....	33
2.	Auftraggeber und Prüfungsumfang.....	34
3.	Aufdeckungs- und Aufklärungspflicht der Externen Revision.....	34
4.	Ergebnis der Abgrenzung.....	36
IV.	Kompetenzvorteile der Forensic Services.....	36
1.	Erfordernis von Spezialkompetenzen bei der Straftataufklärung.....	37
2.	Prüfungsansatz von Revision und Forensic Services.....	38
3.	Ergebnis.....	39
§ 3	Strategische Erwägungen des Geschädigten.....	40
I.	Vorteile gegenüber staatlicher Strafverfolgung.....	40
1.	Diskretion.....	40
2.	Minimierung des Ermittlungszeitraums.....	41
H.	Nachteile gegenüber staatlicher Strafverfolgung.....	42
1.	Kostenintensität.....	42
2.	Fehlende Zwangsbefugnisse.....	42
III.	Auswirkungen für den Verdächtigen.....	43
§ 4	Kooperation mit den Strafverfolgungsorganen.....	43
I.	Beachtlichkeit der Weisungen des Auftraggebers.....	44
II.	Gutachteltätigkeiten im Strafverfahren.....	45
2. Kapitel:	Die Rechtstellung des verdächtigen Arbeitnehmers.....	46
§ 1	Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen in der Schweiz.....	47
I.	Fristlose Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber.....	47
1.	Allgemeine Voraussetzungen der fristlosen Kündigung.....	47
2.	Fristlose Tat Kündigung.....	48
3.	Fristlose Verdachtskündigung.....	49
a)	Überblick über den Meinungsstand.....	49
b)	Priorität milderer Massnahmen in der Praxis.....	51

II.	Zum Entlassungsgrund der „treuwidrigen Behinderung der Verdachtsaufklärung“.....	52
1.	Präzisierungsdefizite in Rechtsprechung und Lehre.....	52
a)	Die Haltung der Rechtsprechung.....	52
b)	Überblick über den Meinungsstand im Schrifttum.....	53
2.	Unzulässigkeit einer „Ermittlungsabotage“.....	54
3.	Aktive Mitwirkungspflichten des verdächtigen Arbeitnehmers bei der Aufklärung?.....	55
a)	Das überwiegende Interesse der Selbstbelastungsfreiheit.....	56
b)	Unzulässige Beweislastumkehr bei Annahme einer Mitwirkungspflicht.....	57
4.	Ergebnis: Gefahr der Selbstbelastung als Schranke der allgemeinen Treuepflicht.....	58
§ 2	Arbeitsrechtliche Rahmenbedingungen in Deutschland	58
I.	Fristlose Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber.....	58
1.	Allgemeine Voraussetzungen der fristlosen Kündigung.....	58
2.	Fristlose Tatündigung.....	59
3.	Fristlose Verdachtskündigung.....	60
II.	Ordentliche Tat- oder Verdachtskündigung durch den Arbeitgeber.....	62
ni.	Reichweite arbeitsrechtlicher Nebenpflichten.....	63
1.	Die Nebenpflicht auf Rücksichtnahme.....	63
2.	Gefahr der Selbstbelastung als Schranke arbeitsrechtlicher Nebenpflichten.....	65
§ 3	Nichtbeeinträchtigung des Grundsatzes der Selbstbelastungsfreiheit im Strafverfahren	67
I.	Faktische Mitwirkungspflicht des verdächtigen Arbeitnehmers.....	67
II.	Rechtliche Mitwirkungsfreiheit des verdächtigen Arbeitnehmers.....	68
3.	Kapitel: Die Ermittlungsbefugnis des Geschädigten	70
§ 1	Anzeigerecht und Anzeigepflicht des Geschädigten	71
I.	Stafprozessuale Anzeigepflichten.....	71
ii.	Strafrechtliche Anzeigepflichten.....	72
in.	Fazit.....	73
§ 2	Das Privatermittlungsrecht des Geschädigten im Strafprozess	74
I.	Das Privatermittlungsrecht als „Beschuldigtenrecht“.....	74
D.	Meinungsstand zum Privatermittlungsrecht des Geschädigten.....	74
III.	Vereinbarkeit privater Straftatermittlungen mit strafprozessualen Verfahrensmaximen.....	76
I.	Objektivitätsgrundsatz versus Privatermittlungen.....	76

a)	Fehlende Bindungswirkung gegenüber Privaten.....	76
b)	Zur Gefahr der „Verschmutzung“ staatlicher Erkenntnisquellen.....	78
2.	Offizialprinzip versus Privatermittlungen.....	79
a)	Das Privatstrafklageverfahren als Ausnahme vom Offizialprinzip.....	80
b)	Die Antragsdelikte als rechtliche Relativierung des Offizialprinzips.....	80
3.	Ergebnis.....	81
IV.	Ausgrenzung untauglicher Legitimationsversuche.....	82
1.	Durchbrechungen des Offizialprinzips.....	82
2.	Privatermittlungen als Zeugenpflicht.....	83
3.	Gleichstellung von Angeschuldigten- und Geschädigtenrechten.....	83
V.	Verfassungsrechtliche Legitimation in Deutschland: Das „allgemeine Persönlichkeitsrecht“ als Grundlage eines Privatermittlungsrechts?.....	86
1.	Der Rechtsbeistandsbeschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE38, 105).....	86
2.	Die Unmassgeblichkeit des Rechtsbeistandsbeschlusses für private Ermittlungen.....	87
a)	Fehlender obrigkeitlicher Zugriff.....	87
b)	Inkongruenz von Privatermittlungsrecht und Recht auf Rechtsbeistand.....	88
c)	Ergebnis.....	89
3.	Schutzgehalt und Wirkungsrichtung des verfassungsrechtlichen „allgemeinen Persönlichkeitsrechts“.....	89
a)	Die allgemeine Handlungsfreiheit.....	90
b)	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht.....	91
c)	Abgrenzung von allgemeiner Handlungsfreiheit und allgemeinem Persönlichkeitsrecht.....	93
d)	Die allgemeine Handlungsfreiheit als Auffanggrundrecht für private Ermittlungen.....	94
4.	Ergebnis.....	95
VI.	Verfassungsrechtliche Legitimation in der Schweiz.....	95
1.	Private Ermittlungen als Bestandteil der „persönlichen Freiheit“?.....	95
a)	Der Gewährleistungsinhalt des Art. 10 Abs. 2 BV.....	96
b)	Abgrenzung zur allgemeinen Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG.....	97
aa)	Die Rechtsprechung des Bundesgerichts.....	97
bb)	Die Haltung der Literatur.....	98
c)	Bundesgerichtliche Kasuistik zum Schlitzbereich der persönlichen Freiheit.....	99
d)	Private Ermittlungen als „elementare Erscheinung der Persönlichkeitsentfaltung“?.....	100

2.	Das Fehlen eines Ermittlungsverbots als Indiz für ein Ermittlungsrecht des Geschädigten.....	101
a)	Die Lückenhaftigkeit des Grundrechtsschutzes.....	102
b)	Die Freiheit des Einzelnen als Prinzip des liberalen Rechtsstaats.....	102
c)	Ergebnis.....	105
VII.	Einfachgesetzliche Legitimation eines Privatermittlungsrechts.....	105
1.	Verknüpfungen der Teilrechtsordnungen des Zivil- und Strafrechts.....	106
a)	Mitberücksichtigung der zivilrechtlichen Interessenlage im Strafverfahren.....	106
b)	Ansprüche aus unerlaubter Handlung infolge der Straftat.....	106
c)	Massgeblichkeit der Verhandlungsmaxime vor dem Zivilgericht.....	108
d)	Massgeblichkeit der Verhandlungsmaxime bei Geltendmachung der Zivilforderungen im strafprozessualen Adhäsionsverfahren.....	109
aa)	Schweiz.....	109
bb)	Deutschland.....	110
2.	Legitimierung strafrechtlicher Ermittlungen durch das Erfordernis zivilrechtlicher Ermittlungen.....	111
3.	Ermittlungsbefugnisse der nichtanwaltlichen Geschädigtenvertreter.....	112
4. Kapitel:	Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse.....	114
Zweiter Teil: Beweisverbote nach privaten Beweisbeschaffungen des Geschädigten.....		
		119
1. Kapitel:	Private Beweisbeschaffung durch den Geschädigten „.....“.....	121
§ 1	Begriffsbestimmungen.....	121
I.	Der Begriff des „Geschädigten“.....	121
H.	Kriterien der „Privatheit“ strafprozessualer Ermittlungen und Beweisbeschaffungen.....	123
§ 2	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zu Beteiligungen Privater an der staatlichen Strafverfolgung.....	124
I.	Verdeckte Privatermittlungen in Abgrenzung zu „Verdeckten Ermittlungen“ im Sinne des BVE und der §§ 110a -1 IOe dStPO.....	124
II.	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zum Einsatz von V-Leuten.....	126
III.	„Private“ Ermittlungen in Abgrenzung zu staatlichen Hörfällen mit Beteiligung Privater.....	128
1.	Ausforschung durch Privatpersonen in staatlichem Auftrag.....	128
2.	Staatliche Assistenz beim Ausforschungsvorgang.....	129

3. Ausforschungen in Haftzellen.....	131
2. Kapitel: Grundlagen der Beweisverbote.....	133
§ 1 Einführung.....	133
§ 2 Terminologiedivergenzen.....	135
I. Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverbote.....	135
II. Zur Unterscheidbarkeit von Beweiserhebungs- und Beweisverwertungsverböten.....	138
ID. Unselbständige und selbständige Verwertungsverböte.....	141
3. Kapitel: Meinungsstand zur Beweisverwertung nach illegaler privater Beweisbeschaffung.....	144
§ 1 Die Haltung der Rechtsprechung.....	144
I. Schweiz.....	144
1. Die bundesgerichtliche Praxis.....	144
a) Beweismitteldiebstahl.....	144
b) Strafrechtswidrige private Tonbandaufnahmen.....	144
2. Die kantonalgerichtliche Praxis.....	145
a) Strafrechtswidrige private Tonbandaufnahmen.....	145
b) Beweismitteldiebstahl.....	146
c) Strafflose Zeugenbeeinflussung.....	147
3. Zusammenfassung.....	147
4. Defizite der rechtlichen Legitimation der Verwertungsverbötsfolge.....	148
D. Deutschland.....	148
1. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts.....	149
a) Private Tonbandaufnahmen.....	149
aa) Erste Tonbandentscheidung des BGH (BGHSt 14, 358).....	149
bb) Tonbandentscheidung des BVerfG (BVerfGE 34, 238).....	151
cc) Zweite Tonbandentscheidung des BGH (BGHSt 36, 167).....	153
b) Weitergabe eines Tagebuchs (BGHSt 19, 325).....	154
2. Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte.....	155
a) Aussageerpressung.....	155
b) Private Tonbandaufnahmen.....	155
3. Zusammenfassung.....	157
4. Defizite der rechtlichen Legitimation der Verwertungsverbötsfolge.....	158
a) Zur Rechtsprechung von BVerfG, BGH und BayObLG.....	158
b) Zur Rechtsprechung der Oberlandesgerichte.....	160

III. Die Haltung des EGMR.....	161
1. Urteil SCHENK VS. Schweiz.....	161
2. Verwertungsverbote im Kontext des „fairen Verfahrens“ nach Art. 6EMRK.....	163
a) Beschränkte Kognition des innerstaatlichen Beweisrechts.....	163
b) Zum Verbot der Verwertung des illegalen Beweises als „einziges Beweismittel“.....	164
§ 2 Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick.....	166
I. Schweiz.....	166
II. Deutschland.....	167
4. Kapitel: Zur strafprozessualen Relevanz der illegalen privaten Beschaffungshandlung	170
§ 1 Strafrechtswidrige private Beweisbeschaffung als Sonderproblem der Beweisverbotsdogmatik.....	170
§ 2 Möglichkeiten und Grenzen einer Zurechnung der illegalen Beweisbeschaffung zum Staat.....	171
I. Zum Begriff rechtlicher Zurechnung.....	172
II. Absenz eines aktiven staatlichen Beitrags zur Beweisbeschaffung der Privatperson.....	174
1. Zurechnung bei staatlicher Beteiligung am Vorgehen der Privatperson.....	175
a) Staatliche Beauftragung, Weisung oder Steuerung.....	175
b) Staatliche Duldung privater Störungen und andere Grenzfälle.....	176
2. Die staatliche Beweismittelübernahme: ein untauglicher Zurechnungsgrund.....	177
a) Zur These staatlicher „Gefährdungshaftung“.....	178
b) Wertungsdivergenzen zwischen privatem Beschaffungsunrecht und staatlicher Beweismittelübernahme.....	179
c) Abgrenzung der Zurechnungskonzeption vom Einwand verbotener „Beweismittelhehlerei“ des Staates.....	180
DI. Zurechnung infolge eines pflichtwidrigen legislativen Unterlassens?.....	182
1. Erfordernis einer Harmonisierung strafprozessualer und grundrechtlicher Zurechnungsdogmatik.....	183
2. Überbelastung grundrechtlicher Schutzpflichten bei der Konstruktion einer konkreten staatlichen Handlungspflicht.....	184
3. Auflösung der Unterscheidung zwischen privater Beeinträchtigung und staatlichem Eingriff.....	185

§ 3 Zur Privatrechtsbindung strafprozessualer Verwertungsverbote.....	186
I. Normative und kriminalpolitische Erwägungen.....	187
II. Analoge Anwendung des Strafprozessrechts bei privater Beweisbeschaffung?.....	188
§ 4 Zur Massgeblichkeit von Straftatbeständen für die strafprozessuale Beweisverwertbarkeit.....	190
I. Die „Einheitsthese“ im schweizerischen und deutschen Schrifttum.....	190
1. Zur Ableitung der Verwertbarkeit aus der Rechtmässigkeit der Beweisbeschaffung.....	192
2. Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus der Rechtswidrigkeit der Beweisbeschaffung.....	193
II. Zur These der „verbotenen Beweismittelhehlerei“.....	194
1. Wettlauf privater und staatlicher Ermittlungen.....	195
2. Unzulässige Unrechtsübertragungen vom materiellen ins prozessuale Recht.....	196
3. Vertiefung der Individualrechtsgutsverletzung durch den Verwertungsvorgang - Erfordernis der Einzelfallprüfung.....	197
4. Staatliche Ausnutzung der Individuälrechtsverletzung - Erfordernis einer normativen Betrachtung.....	198
§ 5 Zur Relevanz des privaten Beschaffungsakts für verfassungsrechtliche Verwertungsverbote.....	199
I. Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus der Drittwirkung von Grundrechten.....	201
1. Die Grundrechtsbindung der Staatsgewalt.....	201
2. Ansätze zur Lösung der Drittwirkungsproblematik.....	203
a) Die Lehre der unmittelbaren Drittwirkung von Grundrechten.....	204
aa) Doppelfunktionales Grundrechtsverständnis als Ausgangspunkt der Drittwirkungslehren.....	204
bb) Einwände gegen eine unmittelbare Drittwirkung der Grundrechte...!	205
b) Die Menschenwürdegarantie des Art. 1 Abs. 1 GG - ein Sonderfall?.....	208
aa) Zur Entstehungsgeschichte des Art. 1 Abs. 1 GG.....	209
bb) Die schutzrechtliche Dimension des Art. 1 Abs. 1 GG.....	211
c) Mittelbare Drittwirkung von Grundrechten.....	212
3. Konsequenzen für die Legitimation eines Verwertungsverbots im Strafprozess.....	214
a) Unmöglichkeit einer „privaten Grundrechtsverletzung“.....	214
b) Absenz eines einfachgesetzlichen Mediums für eine mittelbare Grundrechtswirkung.....	215

D.	Zur Ableitung eines Verwertungsverbots aus grundrechtlichen Schutzpflichten.....	216
1.	Die Lehre von den grundrechtlichen Schutzpflichten.....	L.218
a)	Zur Wirkungsweise der staatlichen Schutzpflichten.....	218
b)	Grenzen staatlicher Schutzpflichten.....	220
2.	Konsequenzen für die Legitimation eines Verwertungsverbots im Strafprozess.....	222
a)	Schutzpflichtenaktivierende Gefahr strafrechtswidriger Privatermittlungen.....	222
b)	Rechtsfolgen der staatlichen Schutzpflicht.....	224
aa)	Behauptung generalpräventiver Schutzdefizite.....	225
bb)	Pflicht zur Gewährleistung eines „effektiven Schutzes“.....	226
cc)	Entscheidungs- und Gestaltungsspielräume der Legislative.....	228
dd)	Kontroll- und Vollzugsverpflichtung der Gerichte.....	229
III.	Selbständige Verwertungsverbote.....	230
1..	Mittelbare Relevanz des privaten Unrechts bei der Beweisbeschaffung.....	230
2.	Verwertungsverbot infolge absoluter Beweisuntauglichkeit des Beweismittels?.....	232
5. Kapitel:	Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse.....	234
Dritter Teil:	Die Massgeblichkeit der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“.....	239
1. Kapitel:	Beweishypothesen im Kontext der Verwertungsverbote.....	241
§ 1	Die Inadäquanz genereller (Un-)Verwertbarkeit illegal privat beschaffter Beweise.....	241
§ 2	Terminologie des strafprozessualen Hypothesendenkens.....	242
§ 3	Anwendungsbereiche der Hypothesenbildung im Kontext der Beweisverbote.....	243
I.	Die Grundkonstellation rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung.....	244
II	Sonderkonstellationen der Hypothesenbildung.....	245
III.	Zur Geltungsberechtigung der Hypothese in der Grundkonstellation.....	248
1.	Die Haltung der Rechtsprechung.....	248
2.	Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick.....	249
2, Kapitel:	Prämissen der Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung.....	251
§ 1	Der staatliche Verwertungsakt als Ansatzpunkt der Verwertungsverbotsfolge.....	251

I.	Die Rechtmässigkeit der staatlichen Beweiserlangung	251
D.	Die Verwertungsverbotsfrage im Kontext der selbständigen Verwertungsverbote	252
U.	Die Legitimationsbedürftigkeit der Verwertungsverbotsfolge	254
§ 2	Funktion und Ansatzpunkt der Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung	256
I.	Die „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	257
D.	Gedankliche „Ergänzung“ einer zielgerichteten staatlichen Beweiserhebung	258
1.	Das Fehlen eines Ersetzungsobjekts bei der Hypothesenbildung	259
2.	Der Ansatzpunkt der Hypothese: Die Zufälligkeit der staatlichen Beweiserlangung	260
3. Kapitel:	Die Geltungsberchtigung der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	262
§ 1	Meinungsstand zur Hypothesenbildung nach illegaler privater Beweisbeschaffung	263
I.	Die Haltung der Rechtsprechung	263
1.	Deutschland	263
2.	Schweiz	264
a)	Berücksichtigung von Beweishypothesen nach illegaler privater Beweisbeschaffung	264
b)	Widersprüchliche Gleichbehandlung rechtswidriger privater und rechtswidriger staatlicher Beweisbeschaffung	266
II.	Das Meinungsspektrum in der Literatur im Überblick	266
§ 2	Zur Praxistauglichkeit von Beweishypothesen	267
§ 3	Unbeachtlichkeit von Beweishypothesen bei der Kausalitätsprüfung	270
§ 4	Der gesetzessystematische Rahmen der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	272
I.	Gesetzliche Unbeachtlichkeit von Hypothesen	272
1.	Gesetzliche Beweisverwertungsverbote	272
2.	Absolute Beschwerdegründe im Rechtsmittel verfahren	273
ü.	Gesetzliche Beachtlichkeit von Hypothesen	275
1.	Zufallsfunde bei Hausdurchsuchungen	275
2.	Zufallsfunde bei staatlichen Überwachungsmaßnahmen	276
III.	Abstrahierung der gesetzessystematischen Aussagen	277

§ 5 Parallelwertungen zur strafrechtlichen Zurcheidungsdogmatik	278
I. Zur strafprozessualen Relevanz der strafrechtlichen „Hypothese des rechtmässigen Alternativverhaltens“.....	278
D. Beweishypothesen: ein Schritt ins Normative.....	280
§ 6 Der Geltungsgrund der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“	281
I. Zum Geltungsgrund von Beweishypothesen bei staatlichen Zufallsfunden.....	282
II. Die „Flypthese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“ als Korrektiv von Zufälligkeiten.....	284
ID Die objektiv-rechtliche Befehlskraft der Beweiserhebungsnormen.....	285
1. Gesetzwidrige staatliche Besserstellung durch die Zufälligkeit der Beweiserlangung.....	286
2. Verbindliche Fixierung des Beweisdispositivs durch die Gesamtheit der Beweiserhebungsnormen.....	287
3. Fazit zum Geltungsgrund der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“.....	289
§ 7 Der Stellenwert der Hypothese bei der Konstituierung der Verwertungsverbotsfolge	290
4. Kapitel: Die Anforderungen an die Hypothesenbildung	293
§ 1 Das Bezugsobjekt der Hypothese	293
I. Überblick über den Meinungsstand.....	294
II. Zur gegenständlichen Identität der Beweisstücke.....	295
III. Das Beweisergebnis als Bezugsobjekt der Hypothese?.....	296
1. Austauschbarkeit der Beweismittel bei der Erlangung eines Beweisergebnisses.....	297
2. Unzulässigkeit des Beweismittelaustauschs bei der Hypothesenbildung.....	298
§ 2 Der Beurteilungsmassstab der Hypothese	300
I. Überblick über den Meinungsstand im Schrifttum.....	300
II. Beurteilungsmassstab der Rechtsprechung.....	301
1. Staatliche Beweisbeschaffung.....	301
2. Illegale private Beweisbeschaffung.....	302
III. Abstrakter Beurteilungsmassstab der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“.....	303
1. Faktische Besonderheiten der „Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung“.....	304

2. Anpassung des Beurteilungsmassstabs an den Geltungsgrund der Hypothese.....	305
3. Bevorteilung des Staates gegenüber einer tatsächlichen staatlichen Beweiserhebung.....	306
4. Konkrete Bezugspunkte der „abstrakten Hypothese“.....	306
a) Grundsatz der zeitlichen Flexibilität der Hypothese.....	307
b) Einschränkungen der zeitlichen Flexibilität der Hypothese.....	308
5. Zur Problematik des strafprozessualen Beweismasses von Beweishypothesen.....	310
§ 3 Anwendungsbeispiele zur Hypothesenrelevanz.....	310
I. Hypothesenbildung nach illegalen privaten Tonbandaufnahmen.....	311
1. Gültigkeit des Katalogtaterfordernisses.....	312
2. Zur Einbeziehung zusätzlicher Eingriffsschranken.....	312
a) Subsidiaritätsgrundsatz und Tatverdachtserfordernis.....	312
b) Beachtlichkeit im Rahmen einer abstrakten Hypothesenbildung.....	313
c) Eingeschränkte Anwendbarkeit gesetzlicher Eingriffsvoraussetzungen.....	315
D. Hypothesenbildung nach „mensenrechtswidriger“ privater Beweisbeschaffung.....	317
1. Einbringbarkeit der Hypothese.....	317
2. Eingreifen der Verwertungsverbotsfolge.....	318
III. Hypothesenbildung nach Beweismitteldiebstahl.....	320
IV. Hypothesenbildung nach Erlangung eines Tagebuchs.....	321
1. Die spezifische Beschaffenheit des Beweismittels als Ansatzpunkt der Verwertungsverbotsfolge.....	321
2. Zur Bedeutung der Hypothese bei grundrechtlichen Verwertungsverboten.....	322
5. Kapitel: Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse.....	325
Schlussbetrachtung und Ausblick.....	331
§ 1 Gesamtbilanz der Untersuchung.....	331
I. Ermittlungen durch den Geschädigten im Strafprozess.....	331
U. Dogmatik der Beweisverbote nach illegalen privaten Beweisbeschaffungen.....	332
§ 2 Ausblick auf die Rechtslage de lege ferenda.....	333
1. Kodifikationsansätze im Rahmen der Schaffung einer Schweizerischen Strafprozessordnung.....	334
1. Art. 150 VE StPO.....	335
2. Ergebnisse der Vernehmlassung.....	335
3. Mangelhafte Rezeption der bisherigen Praxis.....	337

4.	Dogmatische Unstimmigkeiten des Kodifikationsversuchs.....	338
a)	Methodische Verknüpfung von Verwertungsverbotsfolge und privatem Beschaffungsunrecht.....	339
b)	Praktische und dogmatische Unzulänglichkeiten einer Anknüpfung an das private Beschaffungsunrecht.....	340
II.	Schlussfolgerungen für die Rechtslage de lege ferenda.....	341
1.	Erfordernis einer spezifischen Beweisverbotsdogmatik für strafrechtswidrige private Beweisbeschaffung.....	341
2.	Gesetzgeberische Leitlinien für die Beweisverbotsdogmatik.....	342
	Stichwortverzeichnis.....	345